

## Wie steht es mit der digitalen Agenda?

### Ein Überblick über die Wahlprogramme

von Stefan Heumann

Die Digitalisierung verändert in einer atemberaubenden Geschwindigkeit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In vielerlei Hinsicht hängt unsere Zukunft von der Gestaltung dieser Veränderungen ab. Um mehr über das Internet und seine vielfältigen Auswirkungen zu erfahren, rief der deutsche Bundestag die Enquete Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ ins Leben. 17 Bundestagsabgeordnete diskutierten über einen Zeitraum von drei Jahren von Mai 2010 bis April 2013 mit 17 Sachverständigen in 12 Projektgruppen über so unterschiedliche Themen wie Netzneutralität, Datenschutz, Internet-Governance, technische Standards und wirtschaftliche Potenziale. Dabei wurde kaum ein Aspekt der Digitalisierung außer Acht gelassen. Allein die Zwischenberichte aus den einzelnen Arbeitsgruppen füllen hunderte von Seiten. Die mit der Digitalisierung einhergehenden Veränderungen verglich die Kommission mit großen historischen Transformationen wie der Einführung des Buchdrucks im 16. Jahrhundert und der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Angesichts der großen Bedeutung des Themas stellt sich weniger als 100 Tage vor der Bundestagswahl die Frage, wie nachhaltig die Arbeit der Enquete Kommission die Politik beeinflusst hat.

Um diese Frage zu beantworten, werden hier die Wahlprogramme aller im Bundestag vertretenen Parteien und der Piraten analysiert. Wie der Name schon sagt, findet man in Parteiprogrammen hauptsächlich programmatische Aussagen. Konkrete Handlungsempfehlungen oder gar Erläuterungen, wie bestimmte Zielvorgaben umgesetzt werden sollen, sind dagegen generell eher Mangelware. Das liegt in der Natur der Sache. Trotzdem lässt sich aus den Parteiprogrammen Einiges herauslesen. Vor allem der Stellenwert

Das Programm *Europäische Digitale Agenda* der stiftung neue verantwortung beschäftigt sich mit den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Ziel des Programms ist es, sektorenübergreifende Diskussionsforen zu schaffen, um mit unterschiedlichen Stakeholdern politische Handlungsempfehlungen in den drei Arbeitsschwerpunkten – Regulierung, Gesellschaft & Medien und Außenpolitik – zu entwickeln und diese in die Politik zu tragen.

digitaler Themen lässt sich daran erkennen, wo und mit wie viel Ausführlichkeit sie im Programm behandelt werden. Die Programme bieten auch wichtige Aufschlüsse darüber, wie in der Partei über digitale Themen gedacht wird. Stehen eher die Gefahren für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte im Mittelpunkt oder wird Digitalisierung hauptsächlich als eine Chance für wirtschaftliches Wachstum gesehen? Sieht man Digitalisierung als einen Verlust staatlicher Kontrolle oder als eine Chance für neue Formen der politischen Partizipation? Und wie gedenkt man digitale Technologien für die Lösung gesellschaftlicher und sozialer Probleme zu nutzen?

Angesichts der Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands überrascht es doch, wie stiefmütterlich das Thema von den meisten Parteiprogrammen behandelt wird. Weniger überraschend ist jedoch, dass der Blick aufs Thema stark von der parteipolitischen Brille geprägt ist. Das betrifft sowohl die Schwerpunktsetzung wie auch die Vorstellung von Lösungsansätzen. Im Folgenden wird der Gesamteindruck bezüglich der Behandlung digitaler Themen für jede Partei kurz zusammengefasst. Anschließend folgt dann ein systematischer Vergleich zwischen den Parteien anhand von acht digitalen Schwerpunktthemen. Zum Schluss werden die Ergebnisse komprimiert auf den Punkt gebracht und für die Entwicklung einer ressortübergreifenden, ganzheitlich gedachten digitalen Agenda geworben.

## | Die Wahlprogramme der Parteien

### CDU

Die CDU begreift Digitalisierung hauptsächlich als eine wirtschaftliche Chance. Selbstbewusst formuliert die Partei das Ziel, Deutschland bis 2020 zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 in Europa zu machen. Neue Technologien wie 3-D Drucker, „das Internet der Dinge“ und intelligente Verkehrs- und Stromnetze werden angesprochen, um die Bedeutung der Digitalisierung für die wirtschaftliche Entwicklung hervorzuheben. Mit dem Versprechen, den Breitband- und Funknetzausbau zu forcieren, digitale Technologien und Lerninhalte in die Schulen zu bringen und Forschung und Entwicklung digitaler Technologien zu fördern,

finden sich im Programm auch einige Hinweise darüber, wie Deutschland zur führenden digitalen Wirtschaftsmacht Europas werden soll. Der Anspruch eine digitale Wirtschaftsmacht zu werden, wird aber mit den vorgeschlagenen Mitteln allein schwerlich zu erreichen sein. Anstatt sie unter andere Programmpunkte zu subsumieren, hätte die CDU den Stellenwert digitaler Themen mit einem eigenen Kapitel zusätzlich unterstreichen können. Außerdem fällt auf, dass im Vergleich zum wirtschaftlichen Potenzial, den sozialen und politischen Aspekten der Digitalisierung im Programm nur wenig Platz eingeräumt wird.

### FDP

Im Gegensatz zum Koalitionspartner spielt das wirtschaftliche Potenzial der Digitalisierung im Programm der FDP keine wesentliche Rolle. Im vierten Kapitel „Freiheit, damit jeder seinen Weg finden kann“ werden „Grundrechte in der digitalen Welt“ auf zwei Seiten

thematisiert. Hier geht es vor allem um Datenschutz. Auch die Notwendigkeit, staatlicher Überwachung enge Grenzen zu setzen, wird thematisiert. Insgesamt finden sich digitale Themen über das gesamte Programm verteilt und werden, wenn überhaupt, nur

kurz angeschnitten. Angesichts der Bedeutung von Wirtschaftsthemen für die Partei und der Tatsache, dass sie den Wirtschaftsminister in der Regierung stellt, ist es erstaunlich, dass die Bedeutung der Digitalisie-

### SPD

Angesichts der Schwächen in den Programmen der Regierungsparteien könnte man annehmen, die Formulierung einer umfassenden digitalen Agenda sei eine Chance für die Oppositionsparteien. Aber auch bei der SPD muss man das Parteiprogramm sorgfältig lesen, um die wichtigsten Positionen zu digitalen Themen zu finden. Unter der Rubrik Netzpolitik am Ende des dritten Kapitels mit dem Titel „Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft“ wird der Internetzugang als ein Bürgerrecht bezeichnet und das Potential neuer digitaler Partizipationsmöglichkeiten zur Revitalisierung der Demokratie betont. Daraus ergeben sich dann Forderungen nach einem

### Die Grünen

Die Grünen fallen gegenüber den bereits erwähnten Parteiprogrammen positiv auf, denn sie halten digitale Themen für so wichtig, dass sie ihnen ein eigenes Kapitel widmen. Dort wird Digitalisierung als zentrales Zukunftsfeld begriffen, welches politisch gestaltet werden muss. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Wirtschaften und Teilhabe, Gewährleistung eines freien Internets, digitalen Bürgerrechten, vor allem in Bezug auf Datenschutz, und Urheberrechtsreformen. Die im Kapitel vorgestellte digitale Agenda ist mit

### Die Linke

Das Parteiprogramm der Linken hebt die Potentiale digitaler Kommunikation für politische Partizipation und soziale Innovation hervor. Zugleich werden in staatlicher Über-

wachung für wirtschaftliches Wachstum kaum Beachtung findet. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass man als liberale Partei keine besondere Rolle für den Staat hinsichtlich digitaler Standortpolitik sieht.

universalen Breitbandzugang und nach mehr Transparenz staatlichen Wissens durch Open Data Projekte. Andere Themen wie die Förderung digitaler Medienkompetenz und Datenschutz kommen ebenfalls kurz zur Sprache. Viele, die mit digitalen Technologien selbstständig oder in kleinen Unternehmen arbeiten, gehören zu dem, was die SPD als Kreativsektor bezeichnet. Im sogenannten Kreativpakt stellen Netzpolitik, Urheberrecht und Wirtschaftsförderung drei von insgesamt sechs Themenbereichen dar. Im Gesamteindruck fällt jedoch auf, dass weder das wirtschaftliche Potenzial der Digitalisierung noch die Bedeutung des Internet als eine kritische Infrastruktur besondere Beachtung finden.

Forderungen nach einer gesetzlichen Verankerung der Netzneutralität und konkreten Maßgaben zur Verbesserung des Datenschutzes stark auf junge, netzaffine Wähler ausgerichtet. Zwar wird die Bedeutung der Internetwirtschaft hervorgehoben, außer dem Aufbau eines Glasfasernetzes und einem Verweis auf bessere Förderung von Startup-Unternehmen findet man in dem Programm aber kaum Ansätze, die auf eine digitale Agenda in der Wirtschaftspolitik schließen lassen.

wachung und kommerzieller Datensammlung die größten Probleme ausgemacht. Digitale Themen werden hauptsächlich am Ende des fünften Kapitels „Demokratische Teilnahme“

unter dem Motto „Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen“ behandelt. Urheberrechtsreform, egalitärer Netzzugang, Sicherung von Netzneutralität, Datenschutz und offene Technologien sind

### Piratenpartei

Nicht gerade überraschend bilden digitale Themen den Kern des Parteiprogramms der Piratenpartei. Im ersten Kapitel mit der Überschrift „Freiheit und Grundrechte“ beginnt das Programm mit Vorschlägen zur Stärkung informationeller Selbstbestimmung und einem Maßnahmenkatalog, um staatlicher Überwachung enge Grenzen zu ziehen. Dem Thema Internet und Netzpolitik ist ein weiteres Kapitel gewidmet. Hier stehen die Sicherung der Netzneutralität und eine angestrebte Urheberrechtsreform, die Nutzerrechte und

die wichtigsten Themen. Statt Programme zur digitalen Wirtschaftsförderung vorzuschlagen, fordert die Linke faire Löhne und Arbeitsbedingungen im IT-Sektor.

Zugang zu Wissen und Bildung stärken soll, im Mittelpunkt. Der wirtschaftspolitische Teil des Programms ist auf die Forderung nach einem Grundeinkommen und besserer sozialer Absicherung ausgerichtet. Zu der europäischen Vision der Partei gehört explizit eine sogenannte Europäische Digitale Agenda mit dem Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur, Netzneutralität, Urheberrechtsreform und Datenschutz als Kernpunkte.

## | Vergleichende Übersicht digitaler Schlüsselthemen

Bisher wurde nur der Gesamteindruck der Parteiprogramme bezüglich digitaler Themen kurz skizziert. Um einen systematischeren Vergleich zu ermöglichen, werden nun alle Parteiprogramme auf acht Schlüsselthemen untersucht: digitale Wirtschaftspolitik, Unterstützung von Unternehmensgründungen im Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Ausbau der Breitbandnetze, Datenschutz, Urheberrechte, Netzneutralität, Außenpolitik und Innovationen im staatlichen Sektor. Es wird kurz aufgelistet, welche Vorschläge von den Parteien zu den einzelnen Themen gemacht werden. Manchmal wird ein Thema auch einfach nur als Handlungsfeld identifiziert, ohne dass konkrete Maßnahmen zur Sprache kommen. Dies deutet zumindest daraufhin, dass die Bedeutung eines Themas erkannt worden ist und findet deshalb auch Erwähnung. Um den Überblick kurz zu halten, werden die Maßnahmen nicht weiter erläutert. Der Anspruch ist nicht, alle relevanten Programmpunkte im Detail aufzuführen. Oftmals findet man allerdings auch in den Parteiprogrammen selbst nicht viel mehr als die hier aufgelisteten Stichpunkte. Aus Platzgründen werden die aufgeführten Vorschläge weder weiter erläutert noch mögliche Widersprüche aufgezeigt. Die Übersicht dient primär dazu, einen knappen Überblick über digitale Kernthemen in den einzelnen Parteiprogrammen zu geben.

### Digitale Wirtschaftspolitik



- Deutschland soll digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa werden, Forschung in digitale Technologien unterstützen, Förderung digitaler Bildung, Hightech-Strategie 2020, Deutschland als einen attraktiven Datenstandort entwickeln



- Keine explizite Erwähnung des IKT-Sektors aber allgemeine Unterstützung für die „Entwicklung von Technologie und Innovationsclustern“



- Deutschland als Wirtschaftsstandort braucht die „Weiterentwicklung von IT Infrastruktur“



- Förderung der Kreativ- und Internetwirtschaft an ihre spezifischen Anforderungen, insbesondere schnelle Innovationszyklen, anpassen



- Einführung internationaler Fair Work Standards in IT Zulieferbetrieben



- Europaweiten Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur durch die EU stärker fördern, weltweiten Ausbau eines freien Internets

### Unterstützung von Startups



- Bürokratieabbau, steuerliche Anreize für Wagniskapital und Business Angels, Fortführung des EXIST Programms, staatlichen Wagniskapitalfond auf 300 Million Euro erhöhen



- Bürokratieabbau, steuerliche Anreize für Wagniskapital und Business Angels, Fortführung des EXIST Programms



- Bürokratieabbau, staatliche Förderprogramme an die Kreativwirtschaft anpassen, insbesondere mit Bezug auf Eigenkapitalquote, Annerkennung von Immaterialgütern und Beratung und Qualifizierung



- Bürokratieabbau, Zugang zu Wagniskapital verbessern, Überarbeitung der Sanierungsklausel, Schaffung von GründerInnenzentren, Reform des Patentrechts



- Gewerbesteuer unter Ausweitung der Bemessungsgrundlagen in Gemeindewirtschaftssteuer umwandeln, für kleine Unternehmer und Existenzgründer Freibetrag auf 30.000 Euro anheben



- Keine Angaben

## Breitbandausbau



- Flächendeckende Grundversorgung bis 2018, europäische Mittel zur Verbesserung des Breitbandausbaus zur Verfügung stellen, Nutzung aller geeigneten Netztechnologien inklusive mobiler Netze



- Grundversorgung muss Breitbandzugang enthalten, Mindestqualität ist unter Bezug auf die Kapazitäten zu definieren, Breitbandausbau ist Aufgabe von privaten Unternehmen



- Flächendeckende Grundversorgung durch Universaldienstverpflichtung, Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern, Finanzierung durch Bürgerfonds fördern



- Umgehend flächendeckende Grundversorgung mit 6Mb/s, bis Ende 2017 Grundversorgung im zweistelligen Mb/s Bereich finanziert über einen Unternehmensfond, langfristig Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes



- Definition als Universaldienst um flächendeckende Breitbandversorgung zu gewährleisten, Internetzugang als Grundrecht



- In den nächsten Jahren lückenlose Breitbandversorgung in der EU gewährleisten

## Netzneutralität



- Es muss geprüft werden, ob der Gesetzgeber handeln muss



- Netzneutralität ist im Telekommunikationsgesetz bereits ausreichend abgesichert



- Netzneutralität gesetzlich verankern



- Sehen Verschmelzung von Infrastruktur- und Inhalteanbietern kritisch, Netzneutralität gesetzlich verankern



- Netzneutralität gesetzlich verankern, Netzzugang als wichtige staatliche Infrastrukturversorgung, die nicht dem Markt überlassen werden soll



- In Deutschland und auf EU Ebene gesetzlich verankern, Ablehnung der Einführung von Güteklassen, Angebotseinschränkungen oder Zugangsschwernissen

## Datenschutz



- Umfassenden Datenschutz für Verbraucher zu gewährleisten, hohe deutsche Datenschutzniveau auf EU-Ebene erhalten, Recht auf Löschen der Daten, verbraucherfreundliche Voreinstellungen zum Datenschutz



- Hohes Schutzniveau in der EU Datenschutzverordnung, Ablehnung anlassloser Datenvorratspeicherung, Ablehnung des EU INDECT Projekts und anlassloser Überwachung



- Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, „effektiver“ Datenschutz auf EU-Ebene, starke Datenschutzbeauftragte



- Informationelle Selbstbestimmung, Verbot von computerbezogenem Tracking von Cookies, Privacy by Design und Privacy by Default Prinzipien verbindlich festschreiben, Schutz vor ungewollter Profilbildung, Stärkung der Datenschutzbehörden, starker Datenschutz auf EU Ebene, Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und heimlicher Online Durchsuchung



- Informationelle Selbstbestimmung, Privacy by Design und Privacy by Default, Datenportabilität Prinzipien verbindlich festschreiben, Schutz vor ungewollter Profilbildung, Stärkung der Datenschutzbehörden, Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und Rasterfahndung, Recht auf Anonymität im Netz



- Informationelle Selbstbestimmung, deutschen Datenschutz durch strenge EU-Vorschriften weiter stärken, unentgeltlichen Anspruch auf Selbstauskunft, Korrektur, Sperrung oder Löschung der eigenen personenbezogenen Daten, Privacy by Design und Privacy by Default Prinzipien verbindlich festschreiben, Stärkung der Datenschutzbehörden, Einführung staatlicher finanzierter Trust Center, Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und Rasterfahndung, Recht auf Anonymität im Netz, keinen Bundes oder Staatstrojaner, Evaluierung von Überwachungsbefugnissen und -programmen

## Urheberrecht



- Rechtspolitische Abwägung der Interessen der Urheber und Nutzer notwendig für ein modernes Urheberrecht



- Modernes Urheberrecht mit fairem Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern, keine Zensur oder Überwachung zur Durchsetzung, Privatkopie zum Eigengebrauch



- Modernes Urheberrecht, Verbindung zwischen Urheber und Werk ist unverbrüchlich, Position des Urhebers stärken, Leistungsschutzrecht überarbeiten



- Verhandlungsposition der Urheber in Urheberrechtsreform stärken und fairen Ausgleich zwischen Urhebern und Nutzern finden, digitale Privatkopie, Urheberrechtsschranke (für Remix, Mash-Up), Urhebern mehr Mitsprache bei Verwertungsgesellschaften einräumen, klaren Rahmen für Rechteerwerb schaffen, Open Access für öffentlich geförderte wissenschaftliche Publikationen, Ablehnung des Leistungsschutzrechts



- Modernes Patent- und Urheberrecht: Kreativen zu besserer Urheberrechtsdurchsetzung verhelfen, neue Lizenz und Vergütungsmodelle (Creative Commons, Kulturwertmark, Crowdfunding) fördern, Open-Access Veröffentlichungen, Ablehnung des Leistungsschutzrechts



- Urheberrecht zugunsten von Nutzern und Urhebern reformieren, Geltung des Urheberrechts bis höchstens 10 Jahre nach dem Tod senken, Recht auf Privatkopie und die Erstellung von Remixes und Mash-Ups erleichtern, Kopierschutzmaßnahmen werden komplett untersagt und die Nutzung von Tauschbörsen vollständig legalisiert, Urhebern Zweitverwertungsrechte einräumen, für alle Bildungseinrichtungen muss Mediennutzung frei von Urheberrechtsabgaben erfolgen können

## Außenpolitik



- Deutsche Wirtschaft vor Cyberspionage schützen



- keine Angaben



- Schutz vor Cyber-Angriffen dem Bedrohungspotential anpassen



- Export von Überwachungssoftware stoppen, Internet Freiheit international verteidigen, globale Internet Governance Struktur einführen, die möglichst alle Akteure und Interessen berücksichtigt



- Export von Überwachungssoftware stoppen



- Weltweiten Ausbau eines freien Internets, friedlichen Cyberspace fördern

## Innovation



- Open Data Prinzipien bei Verkehrssteuerung anwenden



- Unterstützung von Open Data und E-Government



- Neue web-basierte politische Partizipationsmöglichkeiten nutzen, staatliches Wissen über Open-Data Projekte zugänglich machen, Informations- und Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild



- Open-Data Verpflichtungen von Regierung und Behörden in einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0 verankern, Partei für online Partizipation weiter öffnen



- Open-Data Projekte mit einem Schutz der Persönlichkeitsrechte, freie Software und offene Technologien fördern



- Open-Data im Rahmen eines Bürgerinformationsportals zugänglich machen, quelloffene Software in der Verwaltung einführen, Internet für neue politische Partizipationsmöglichkeiten nutzen

## | Fazit

Die gute Nachricht ist, dass sich alle Parteien mit der Digitalisierung der Gesellschaft auseinandersetzen. Es ist nicht weiter überraschend, dass sie dabei unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Für die CDU ist Digitalisierung vor allem ein wirtschaftliches Thema. Der Linkspartei geht es dagegen primär um gesellschaftliche Teilhabe und egalitären Zugang zum Netz. Die Grünen und die Piraten äußern sich in ihren Wahlprogrammen am ausführlichsten zu digitalen Themen. Dabei liegen die Schwerpunkte vor allem auf dem Datenschutz, dem Urheberrecht und dem Potenzial für soziale und politische Innovationen. Beide Parteien haben zugleich erstaunlich wenig über die Bedeutung von Di-

gitalisierung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu sagen. SPD und FDP sprechen zwar ebenfalls die wichtigsten digitalen Themenfelder an. Im Vergleich zu den anderen Parteien nehmen sie allerdings noch weniger Raum in ihren Wahlprogrammen ein. Angesichts der medienwirksamen Reise von Philip Rösler mit einer Delegation von Unternehmensgründern nach Silicon Valley, überrascht es, dass gerade die FDP so wenig über digitale Wirtschaftspolitik zu sagen hat. Ziel dieser Übersicht ist es nicht, einzelne Parteien an den Pranger zu stellen. In allen Parteiprogrammen finden sich gute Ansatzpunkte. Datenschutz, die Bildung digitaler Kompetenzen, der Ausbau digitaler Infra-

strukturen, die Förderung von digitalen Technologien, Urheberrechtsreform, die Verteidigung eines freien Internets und technologische Innovation in Politik und Verwaltung sollten allerdings nicht als Einzelthemen betrachtet werden, da sie sich gegenseitig bedingen. Die Potenziale digitaler Technologien für neue Bildungs- und Unterhaltungskonzepte werden sich weder ohne flächendeckenden Breitbandzugang noch ohne eine Modernisierung des Urheberrechts voll realisieren lassen. Open Data Projekte sind nicht ohne entsprechende Datenschutzmaßnahmen zu denken. Die Parteiprogramme offenbaren hier noch viel Entwicklungspotenzial. Eine ganzheitlich gedachte, digitale Agenda wird sicherlich

nicht über Nacht Einzug in die Parteiprogramme erhalten. Aber Deutschlands und Europas Zukunft wird entscheidend davon abhängen, ob deutsche Politiker, egal ob sie sich nach der Bundestagswahl in Regierungsverantwortung oder Opposition befinden, noch mehr Bewusstsein für die riesige Bedeutung von Digitalisierung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik entwickeln und mit allen Bürgern eine Debatte darüber führen, wie Deutschland diesen Herausforderungen begegnen kann.

*Der Autor Stefan Heumann, PhD ist stellvertretender Programmdirektor des Programms „Europäische Digitale Agenda“ der stiftung neue verantwortung*

## | Das Programm „Europäische Digitale Agenda“

Das Potenzial des Internets als treibende Kraft für wirtschaftliches Wachstum, politischen Pluralismus und gesellschaftlichen Fortschritt ist unbestritten. Aber die Macht des Internets stellt es auch zunehmend in den Mittelpunkt von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen. Europa wird eine zentrale Rolle im Kampf um die Zukunft des Internets spielen. Es mangelt allerdings an Visionen und konkreten Handlungsempfehlungen, um das große Potenzial der digitalen Revolution für das Allgemeinwohl nutzbar machen zu können. Das Programm Europäische Digitale Agenda versteht sich daher nicht nur als ein Inkubator für neue, innovative, politische Ideen, sondern möchte diese auch aktiv in die politische Debatte einbringen.

## | Über die stiftung neue verantwortung

Die stiftung neue verantwortung (snv) ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin. Sie fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang der wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen und Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die im Rahmen zeitlich befristeter Projekte kreative Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese mittels verschiedener Publikations- und Veranstaltungsformate in den öffentlichen Diskurs einbringen.

## Impressum

Alle Rechte vorbehalten. / All rights reserved.  
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von  
Arbeiten der stiftung neue verantwortung ist  
auch in Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung gestattet.  
© stiftung neue verantwortung, 2013

stiftung neue verantwortung e.V.  
Kontakt: Stefan Heumann, PhD  
Stellv. Programmdirektor  
Beisheim Center  
Berliner Freiheit 2  
10785 Berlin  
T. +49 30 81 45 03 78 80  
F. +49 30 81 45 03 78 97  
[www.stiftung-nv.de](http://www.stiftung-nv.de)  
[sheumann@stiftung-nv.de](mailto:sheumann@stiftung-nv.de)  
[info@stiftung-nv.de](mailto:info@stiftung-nv.de)